

Aus der Regierung PVFL-Tarifvertrag genehmigt

VADUZ Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom Dienstag den Tarifvertrag und die Qualitätssicherungsvereinbarung zwischen dem Liechtensteinischen Krankenkassenverband (LKV) und dem Physiotherapeuten-Verband Fürstentum Liechtenstein (PVFL) genehmigt. Das teilte das Ministerium für Gesellschaft und Kultur am Donnerstag mit. «Die Verträge treten rückwirkend auf den 1. Januar 2021 in Kraft. Eine schrittweise Angleichung an das Schweizer Tarifniveau in den nächsten fünf Jahren wurde vereinbart. Die Vorgaben betreffend die Fort- und Weiterbildung wurden an die Schweiz angepasst», heisst es in der Aussendung. In der Schweiz ist demnach seit längerem eine neue Tarifstruktur für Leistungen der Physiotherapie in Arbeit. LKV und PVFL haben sich bereits im Jahr 2016 darauf verständigt, diese für Liechtenstein zu übernehmen, sobald sie vom Schweizer Bundesrat genehmigt ist. Der Taxpunktwert sollte dann an den Durchschnitt der Ostschweizer Kantone angepasst werden. Nachdem sich ein konkretes Inkrafttretensdatum der neuen Struktur weiterhin nicht abzeichnet, sind die Verbände von sich aus übereingekommen, den im Vergleich zur Ostschweiz als Übergangsregelung genehmigten höheren Taxpunktwert von 1.05 Franken schrittweise bis zum Jahr 2025 auf 0.98 Franken zu senken. Ausserdem wurde eine Stellvertretungsregelung in Anlehnung an jene bei anderen Berufsgruppen festgelegt. Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten mit einem OKP-Vertrag können sich demnach bis zu einem halben Jahr vertreten lassen. Das sei auch eine Erleichterung im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, heisst es. Auch die von 2009 stammende Qualitätssicherungsvereinbarung wurde überarbeitet. Die Fort- und Weiterbildungsvoraussetzungen wurden dabei an die entsprechenden Schweizer Vorgaben angepasst. (red/ikr)

Rechtstipp Auskunftsspflicht und Ehegatten



DR. REINHARD PITSCHMANN

RECHTSANWALT,
LIECHTENSTEIN / ÖSTERREICH

Das Ehegesetz regelt, dass jeder Ehegatte vom anderen Auskunft über dessen Einkommen, Vermögen oder Schulden verlangen kann. Der Richter kann auf ein entsprechendes Begehren eines Ehegatten sogar Dritte (Banken) verpflichten, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die notwendigen Urkunden vorzulegen. Der Richter kann auch den Arbeitgeber eines Ehegatten auffordern, über das Gehalt entsprechende Auskünfte zu erteilen.

www.anwaltspartner.com

Geschlossen, versiegelt, verzeigt: Rössle reizt die Konsequenzen aus

Durchgesetzt Wegen vorsätzlichem Verstoss gegen die Coronaverordnung haben die Behörden die Schliessung des Restaurants Rössle in Ruggell verfügt. Angereiste Massnahmegegner wurden dennoch ausgiebig bewirtet - bis die Polizei kam.

VON DAVID SELE

Zwei Tage lang hatten Coronamassnahmen-Gegner grenzüberschreitend mobil gemacht. Man wolle sich den Behörden entgegenstellen und dem Regierungschef «befehlen», die Coronaverordnung aufzuheben. Das Rössle sperrte sich bereits Anfang Sommer gegen die Umsetzung der damals geltenden Maskenpflicht. Auch jetzt hatte Wirtin Doris Öhri an einer Demonstration in Vaduz angekündigt, die 3G-Pflicht zu ignorieren. Bei einer ersten Kontrolle des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen (ALKVW) am Montag bestätigte sich dies, wie das Rössle von sich aus publik machte. Man werde den Einlass der Gäste in Innenräume nicht auf Genesene, Geimpfte und negativ Getestete beschränken. Am Donnerstag wurde nun ein weiterer Besuch des ALKVW erwartet.

Doch die Landespolizei kam dem zuvor. Laut einer Nachricht der Wirtin Doris Öhri, die am Mittwochabend via Telegramm verbreitet wurde, seien die Wirte bei der Polizei vorgeladen worden. Diese habe ihnen die behördliche Schliessung kommuniziert. Die Pressesprecherin der Landespolizei, Sibylle Marxer, bestätigte die Schliessung gegenüber dem «Volksblatt». Auf Ersuchen des ALKVW sei am Mittwochnachmittag der Rössle-Wirtin eine Verfügung zur Schliessung der Gaststätte polizeilich zugestellt worden. Die Schliessung wurde «bis auf Weiteres» verhängt. Dass die Verfügung durch die Polizei und bereits einen Tag früher überreicht wurde, sei eine taktische Massnahme der Landespolizei gewesen, um möglichen Konflikten vorzubeugen.

Grösserer Polizeieinsatz

Dieser Plan ging nur bedingt auf. Zu einem Aufruf von Massnahmegeg-



Bereits am Vormittag war die Terrasse gut gefüllt, als die Polizei kam, waren fast alle Tische besetzt. (Foto: Paul Trummer)

nern kam es nämlich dennoch. Am Donnerstagvormittag versammelten sich auf der Terrasse des Restaurants zahlreiche Personen. Augenscheinlich handelte es sich dabei auch um viele Gäste aus dem Ausland. Wie auf Bildern und Videos in den sozialen Medien zu sehen war, wurden die Gäste trotz verfügter Schliessung mit Speis und Trank bewirtet.

Am Nachmittag kam es schliesslich zu einem grösseren Polizeieinsatz beim Rössle. Auch die Schweizer Grenzwaache war vor Ort. Man habe festgestellt, dass der Landgasthof Rössle trotz der Schliessungsverfügung geöffnet ist und zahlreiche Gäste im Innen- und Aussenbereich bewirtet werden, teilte die Landespolizei am Abend in einer Aussendung mit. Demnach hätten sich im Verlaufe des Tages immer mehr, auch über soziale Medien mobilisierte Gäste beim Landgasthof Röss-

le eingefunden. «Im Rahmen der Polizeiaktion wurden zahlreiche Personenkontrollen durchgeführt, die Gaststätte geschlossen und amtlich versiegelt», schreibt die Landespolizei. Bei den Kontrollen seien «mehrere Angehörige der Reichsbürgerbewegung» festgestellt worden. «Eine Person wurde zur Identitätsfeststellung ins Polizeigebäude verbracht», so die Polizei. Der Einsatz sei aber ruhig und ohne Zwischenfälle abgelaufen.

Öhri will zum ICC

Die Restaurant-Eigentümerin werde von der Landespolizei beim ALKVW verzeigt. Durch den Verstoss gegen die Schliessungsverfügung droht der Wirtin nun weiteres Ungemach. Die Konsequenzen könnten bis zum Entzug der Gewerbebewilligung reichen. Für Doris Öhri scheint das alles aber keine reale Bedrohung zu

sein. Sie ist überzeugt, dass es keine rechtliche Grundlage für die 3G-Regel gibt. Dem widersprach Gesundheitsminister Manuel Frick zuletzt am Mittwoch an einer Medienkonferenz: Die Bestimmungen in der Coronaverordnung seien klar und auf gesetzlicher Ebene breit abgestützt. «Etwa auf dem Gesundheitsgesetz, dem Epidemienengesetz und weiteren Gesetzen. Diese sind in der Verordnung aufgelistet», so Frick. Das «Volksblatt» meldete sich am frühen Nachmittag telefonisch beim Landgasthaus Rössle, um zu erfahren, ob die Wirtin ein Rechtsmittel gegen die Schliessungsverfügung einlegen wollen. Öhri behauptete auf Anraten eines Gastes im Hintergrund, es gebe gar keine Verfügung. «Weil es gegen die Menschenrechte verstösst.» Man werde vor den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) ziehen.

Bürger loben hohe Lebensqualität

Umfrage Generell sind die Menschen in Mauren-Schaanwald mit ihrer Lebenssituation sehr zufrieden. Es gibt aber auch einige Kritikpunkte, wie die Bevölkerungsumfrage zeigt.

Im Frühling waren die Einwohner von Mauren-Schaanwald aufgerufen, sich an einer Bevölkerungsumfrage zu beteiligen. Ziel war es, deren Bedürfnisse, Anliegen und Meinungen zu erfahren. Am Dienstag wurden mit einem 100-seitigen Bericht die Ergebnisse präsentiert. Demnach gefällt den Befragten das Leben in der Gemeinde, die Zufriedenheit mit der persönlichen Wohnsituation, den Infrastrukturen und den Serviceleistungen der Gemeindeverwaltung ist insgesamt hoch und das soziale Klima wird als gut

bewertet. Die Gemeinde wird als sauber, sicher, persönlich und attraktiv erachtet. Die bestehenden Anlagen und Angebote in den Bereichen Verkehr und Infrastruktur, Soziales sowie Kultur und Freizeit werden als wichtig erachtet.

Handlungsbedarf beim Verkehr

Vorbehalte gibt es beim Angebot an Einkaufsmöglichkeiten, heisst es im Bericht. Über die Hälfte der Befragten äussert demnach ihre Unzufriedenheit mit dem bestehenden Angebot. Handlungsbedarf existiert auch beim Thema Verkehrssicherheit. Überhaupt gehöre der Verkehrsbereich zu den grossen Herausforderungen der Gemeinde. Problematisch seien dabei in erster Linie der motorisierte Individualverkehr und seine Folgen (Verkehrüberlastung, Durchgangsverkehr, Lärm, Folgen für die Natur und so weiter). Daneben seien auch Wünsche geäussert

worden, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr weiter zu fördern.

Wunsch nach einem Dorfplatz

Sorge bereitet manchen Einwohnern auch die (bauliche) Entwicklung der Gemeinde und den damit verbundenen Konsequenzen für Umwelt, Natur und Gesellschaft. Befürchtet wird ein Verlust des dörflichen Charakters der Gemeinde, der durch den Abbruch alter Häuser und den Bau neuer, als anonym empfundener Gebäude befeuert wird, heisst es im Bericht. Zudem wird befürchtet, dass sich die künftige Entwicklung der Gemeinde nachteilig auf die sozialen Beziehungen und das gesellschaftliche Leben auswirken. So seien denn auch Orte des ungezwungenen sozialen Austauschs gewünscht und das Fehlen eines eigentlichen Dorfplatzes bemängelt worden. (sb/pd)



Einwohner von Mauren-Schaanwald sind zufrieden mit dem Leben in der Gemeinde, Handlungsbedarf gibt es allerdings beim Verkehr. (Foto: MZ)

Inserate

Canuma Anstalt i. L., 9490 Vaduz

Durch Beschluss des Inhabers der Gründerechte vom 31. 8. 2021 ist unsere Anstalt in Liquidation getreten.

Allfällige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche umgehend beim Liquidator anzumelden.

Vaduz, im September 2021
Der Liquidator

ETABLISSEMENT SEMOND in Liquidation

Mit Beschluss des Stiftungsrats vom 16. April 2021 wurde die Auflösung und Liquidation der Stiftung mit sofortiger Wirkung beschlossen.

Allfällige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche unverzüglich anzumelden.

Die Liquidatoren

Aus der Regierung Ergotherapie- Verträge genehmigt

VADUZ Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom Dienstag den Mustertarif- und Qualitätssicherungsvertrag zwischen dem Liechtensteinischen Krankenkassenverband (LKV) und den in Liechtenstein tätigen Ergotherapeuten genehmigt. Das teilte das Ministerium für Gesellschaft und Kultur am Donnerstag mit. Die in Liechtenstein tätigen Ergotherapeu-

tinnen sind nicht in einem Verband organisiert. Sie rechnen ihre Leistungen mit der obligatorischen Krankenpflegeversicherung auf Basis von Einzelverträgen mit dem LKV ab. «Die von der Regierung genehmigte Mustervereinbarung bildet hierfür eine neue Grundlage», erklärt das Ministerium. Inhaltlich finden demnach die gesamtschweizerische Tarifstruktur und der in der Schweiz geltende nationale Taxpunktwert Anwendung. Bezüglich der Qualitätssicherung werde auf die Vorgaben der entsprechenden Vereinbarung zwischen

santésuisse und dem Ergotherapeutenverband Schweiz verwiesen. Gestützt auf den Mustervertrag hat der LKV mit derzeit sieben im Land zugelassenen Ergotherapeutinnen neue Einzelverträge abgeschlossen. (red/ikr)

ANZEIGE

Jetzt anmelden unter
volksblatt.li/newsletter